

.VORWORT



Österreich zählt nach wie vor zu den sichersten Ländern der Welt. Unsere Polizisten und Gendarmen genießen ein hohes Ansehen

und Vertrauen in der Bevölkerung. Das wurde in einer Umfrage im Auftrag des Reader's Digest Magazins festgestellt.

2003 gab es eine deutliche Steigerung der Zahl der gerichtlich strafbaren Handlungen. Für den Anstieg verantwortlich waren vor allem – dem europäischen Trend folgend – Massendelikte in den Ballungsräumen, besonders in und um Wien. Das Innenministerium ist mit speziellen Maßnahmen gegen organisierte Diebsbanden und Menschenhändler vorgegangen. Das Bundeskriminalamt Wien konnte durch rigorose Kontrollen, internationale Kontakte und Ermittlungen im Jahr 2003 um 100 Menschenhändler mehr auszuforschen als im Vorjahr. Allein in Wien konnte die Polizei 169

Menschenhändler festnehmen, doppelt soviel als im Jahr zuvor. Seit Ende 2003 ist in Österreich der Sicherheitsmonitor – ein bundesweites Datenanalyse- und Speicherungssystem für die Polizei und Gendarmerie – fixer Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung und der Prävention. Daten über Straftaten werden zentral gespeichert und stehen sofort den Exekutivbeamten zur Auswertung online zur Verfügung. Der Sicherheitsmonitor liefert so ein tägliches Kriminalitätslagebild – gesamt und regional. Die monatlich veröffentlichten Zahlen machen es möglich, mittel- und langfristige kriminelle Trends zu erkennen sowie deren Ursachen und Entwicklung zu erforschen. Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit wird weiter ausgebaut. Österreich hat mit Slowenien, der Slowakei, Deutschland und Ungarn bilaterale Staatsverträge über eine engere polizeilichen Zusammenarbeit abgeschlossen.

Dr. Ernst Strasser
Bundesminister für Inneres

.KRIMINALITÄT IN ÖSTERREICH 2003

2003 konnten 247.858 Straftaten geklärt werden, das entspricht einem Plus von 2,7 Prozent gegenüber 2002. Ebenfalls gesteigert werden konnte die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen – von 210.713 im Jahr 2002 auf 229.143.

Laut „Kriminalitätsbericht 2003 – Statistik und Analyse“ wurden im vergangenen Jahr von den Sicherheitsbehörden in Österreich 643.286 gerichtlich strafbare Handlungen registriert, davon 494.528 Vergehen und 148.758 Verbrechen.

Seit 1. Februar 2000 erfolgt die Ermittlung der Deliktzahlen durch Polizei und Gendarmerie elektro-

nisch („Kriminalstatistik online“); vorher wurden Zählblätter ausgefüllt.

Im Jahr 2003 wurden 643.286 Straftaten bekannt, um 51.702 mehr als im Vergleichszeitraum 2002 (591.584 Fälle). Das entspricht einem Anstieg um 8,7 Prozent. Die Anstiege verzeichnete die Exekutive vor allem in den Deliktsbereichen Einbruchdiebstahl, Diebstahl, Urkundenfälschung, Betrug, Körperverletzung und Geldfälschung. Rückgänge gab es bei der Urkundenunterdrückung.

39 Prozent aller Straftaten konnten geklärt werden

Bei den personsbezogenen Deliktsbereichen (Straftaten gegen Leib und Leben, die Freiheit sowie gegen die Sittlichkeit) gibt es eine traditionell hohe Aufklärungsziffer; bei den anonymen Straftaten (Massendelikte wie Diebstahl und Einbruch) ist die Klärungsrate





niedrig. 247.858 (um 6.577 mehr als im Jahr zuvor) aller im vergangenen Jahr registrierten 643.286 Straftaten konnten geklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 38,5 Prozent (2002: 40,8 %). Bei den Vermögensdelikten gab es einen Rückgang der Aufklärungsquote um 3,5 Prozentpunkte.

Bei den Straftaten gegen Leib und Leben gab es mit über 88 Prozent geklärter Fälle dieselbe Quote wie im Jahr 2002.

Bei den gerichtlich strafbaren Handlungen gegen die Freiheit konnte die Quote auf 92 Prozent gehalten werden. Österreich hat im europäi-

schen Vergleich eine der niedrigsten Kriminalitätsbelastungsziffern: Wurden etwa im Jahr 2002 in Deutschland 7.963 und in Frankreich 6.666 strafbare Handlungen pro hunderttausend Einwohner registriert, waren es in Österreich 7.503 Delikte.

Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt

Polizei und Gendarmerie ermittelten mehr Tatverdächtige. Die Zahl der Verdächtigen ist von 2002 auf 2003 um 18.430 auf 229.143 gestiegen (+8,7 %). Bei der Zahl der fremden Tatverdächtigen gab es eine Zunahme um 15,6 Prozent.

59.478 der 229.143 Tatverdächtigen hatten nicht die österreichische Staatsbürgerschaft (26 Prozent). Das bedeutet einen Anstieg des Fremdenanteils an allen Tatverdächtigen gegenüber 2002 um 1,5 Prozentpunkte. Im internationalen Vergleich weist Österreich seit Jahren eine der niedrigsten Kriminalitätsraten auf.

Kfz-Diebstahl

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 5.194 Kfz-Fahndungen im Elektronischen Kriminalpolizeilichen Informationssystem (EKIS) erfasst. Darin enthalten sind alle in Österreich gestohlenen Fahrzeuge sowie österreichische Fahrzeuge, die im Ausland gestohlen wurden. Gegenüber 2002 bedeutet dies eine Steigerung um 95 Fälle (+1,9 %). Die Auffindungsquote für In- und Ausland beträgt 45,8, die Aufklärungsquote 9 Prozent (2002: 14 %). Am häufigsten wurden Fahrzeuge der Marken VW, Audi, Mercedes, Opel, BMW und Ford gestohlen. Bei den Entfremdungen mit Tatort Ausland ist eine rückläufige Tendenz (-17,9 %) feststellbar gewesen (2002: 1.283, 2003: 1073 Fälle).

Während die Auffindungsquote bei den in Österreich gestohlenen Fahrzeugen bei 43,9 Prozent (2002: 60,9 %) liegt, beträgt sie bei im Ausland gestohlenen Fahrzeugen nur 7,1 Prozent (2002: 5,4%).

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 181 (2002: 201) entfremdete Fahrzeuge im Gesamtwert von 3,960.000 Euro an den Grenzen sichergestellt. In diesem Zusammenhang wurden insgesamt 206 (2002: 230) Tatverdächtige festgenommen. Die meisten Verdächtigen stammten aus Rumänien (48), gefolgt von Staatsangehörigen aus Deutschland (23) und Italien (17).

Die sichergestellten Fahrzeuge an der Grenze stammten hauptsächlich aus Österreich (46), Italien (46) und Deutschland (38).

Österreich ist Transitland für entfremdete Kfz aus Westeuropa und dem südeuropäischen Raum nach Ex-Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien sowie in die GUS-Staaten.

Im Internationalen Vergleich kann Österreich auch im Hinblick auf Kfz-Diebstahlsdelikte als ein sicheres Land bezeichnet werden.

.KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2003

Die wichtigsten Kennzahlen der Kriminalitätsstatistik 2003.
(Basis dieser Statistik sind die erstatteten Anzeigen).

KRIMINALITÄTSHÄUFIGKEITSAHL (Straftaten pro 100.000 Einwohner)

Häufigkeitszahlen im internationalen Vergleich
(ohne strafrechtliche Delikte aus dem Straßenverkehr)

Häufigkeitszahl

Österreich	7.503
Deutschland	7.963
Frankreich	6.666

Die Gesamtkriminalität ist von 2002 auf 2003 um 51.702 Fälle (+ 8,7 %) gestiegen.

ALLE GERICHTLICH STRAFBAREN HANDLUNGEN Absolute Zahlen

Strafbare Handlungen	2003	2002	Veränderung in Prozent
Verbrechen	148.758	121.320	+ 22,6 %
Vergehen	494.528	470.264	+ 5,2 %
Gesamt	643.286	591.584	+ 8,7 %

.KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2003

Die wichtigsten Delikte

DELIKTE GEGEN LEIB UND LEBEN

Strafbare Handlungen	2003	2002	Veränderung in Prozent
Mord § 75	142	168	- 16,6 %
schwere Körperverletzung § 84	3.139	3.174	- 1,11 %

DELIKTE GEGEN DIE SITTlichkeit

Vergewaltigung § 201	604	625	- 2,4 %
Geschlechtliche Nötigung § 202	485	490	- 3,4 %
Schwerer sexueller Missbrauch von Unmündigen § 206	272	237	+ 14,76 %
Sex. Missbrauch von Unmündigen § 207	400	321	+ 24,6 %

DELIKTE GEGEN FREMDES VERMÖGEN

Schwere Sachbeschädigung § 126	5.982	6.551	- 9,1 %
Schwerer Diebstahl § 128	6.413	5.746	+ 11,6 %
Diebstahl durch Einbruch § 129	121.629	97.386	+ 24,8 %
Raub § 142	2.599	2.161	+ 20,2 %
Schwerer Raub § 143	1.204	966	+ 24,6 %
Schwerer Betrug § 147	8.712	5.552	+ 56,9 %

Die **Kriminalpolizeiliche Beratung** berät die Bevölkerung kostenlos. 2003 wurden 46.160 Menschen in ihren Häusern und Wohnungen und 7.332 Personen in den Dienststellen der Sicherheitsexekutive beraten. Die Anzahl der telefonischen Beratungen betrug 12.833. Die Beamten der Kriminalpolizeilichen Beratung hielten 3.481 Vorträge, davon die meisten in Schulen vor Lehrern und Eltern.

.VERFASSUNGSSCHUTZ

Auch im Jahr 2003 war die Arbeit des Verfassungsschutzes von der Bekämpfung des Terrorismus auf internationaler Ebene geprägt.

Die heimische Extremisszene wurde 2003 nicht als ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingestuft. Die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs bot auch weiterhin keinen Nährboden für das Entstehen oder Anwachsen extremistischer oder terroristischer Phänomene.

In Österreich sind 2003 keine strafbaren Handlungen, die der islamisch-extremistischen Szene zu zurechnen wären, bekannt geworden. Ermittlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme der HAMAS in die EU-Terrorliste erbrachten keine Hinweise auf Strukturen oder Zellen dieser Terrororganisation in Österreich. 2003 gab es auch keine gewalttätigen Aktionen oder strafbaren Handlungen, die dem auf der EU-Terrorliste erfassten KADEK zuzurechnen wären.

2003 wurden ein russischer Asylwerber und ein türkischer Staatsangehöriger aufgrund von internationalen Haftbefehlen in Österreich fest-

genommen und die entsprechenden Auslieferungsverfahren eingeleitet. 2003 wurde in Österreich in acht Fällen wegen Verdachtes der Terrorismusfinanzierung ermittelt. Die inkriminierte Summe betrug etwa 3,3 Millionen Euro. Im Wesentlichen richteten sich diese Ermittlungen gegen einzelne Personen sowie gegen Organisationen, die auf den internationalen Terrorlisten aufscheinen. Die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene wurde weiter ausgebaut und intensiviert. In den Bereichen Links- und Rechtsextremismus verzeichnete man deutlich rückläufige Tendenzen. Die linksextrem motivierten Delikte verringerten sich sogar um mehr als die Hälfte. Erfreulich waren im Bereich des Rechtsextremismus ein starker Rückgang an fremdenfeindlichen und antisemitischen Tathandlungen, sowie eine hohe Erfolgsquote bei der Ausforschung jugendlicher Straftäter.

.SCHLEPPERKRIMINALITÄT 2003

Im Jahr 2003 wurden deutlich weniger Personen wegen illegaler Einreise/illegalen Aufenthaltes beanstandet als im Jahr 2002.

Im Jahr 2003 wurden in Österreich 45.126 Menschen angehalten, die illegal eingereist sind, sich illegal im Bundesland aufgehalten haben oder als Schlepper und Beitragstäter verdächtigt wurden. Dies entspricht einem Rückgang um 223 Personen (- 6,83 %) gegenüber 2002.

Durch die Sicherheitspartnerschaften mit den östlichen Nachbarstaaten konnte der bestehende Migrationsdruck teilweise abgefangen werden.

Insgesamt konnten 1.025 Schlepper gefasst werden; die meisten von ihnen waren rumänische Staatsbürger (268). Während die Zahl der Aufgriffe von illegalen Einwanderern aus dem Irak und Afghanistan zurückging, gab es bei Aufgriffen von Menschen aus Russland eine Verdreifachung. Bei den Emigranten aus Russland handelte sich vorwiegend um Tschetschenen, die von Schlepperorganisationen nach Österreich gebracht wurden. Aus Moldawien kamen um fast 40

Prozent mehr Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere nach Österreich. Die meisten illegalen Einwanderer, die 2003 angehalten wurden, stammten aus Rumänien (7.018), gefolgt von Russland (6.837), Bulgarien (4.254) und Indien (3.105).

Beweggründe für die Migration

Dier Motive zur illegalen Einreise nach Österreich waren wirtschaftliche Gründe, politischer Verfolgung sowie persönliche Gründe wie Familienzusammenführung. Die Schlepperorganisationen zeigten sich sehr flexibel in Bezug auf Änderungen von legistischer und behördlicher Seite und passten sich geänderten Rahmenbedingungen in kürzester Zeit an. Personen, die nach Österreich wollten, wurden bereits in den Ausgangsländern über die Vorgangsweise der österreichischen Behörden nach einem Aufgriff informiert.

.SUCHTMITTELKRIMINALITÄT 2003

Die Exekutive beschlagnahmte 2003 mehr Cannabis, Ecstasy und Kokain. Die Sicherstellung von Heroin und LSD ging zurück.

Im Jahr 2003 wurden in Österreich 22.245 Anzeigen nach dem Suchtmittelgesetz erstattet. Das entspricht etwa den Deliktzahlen des Jahres 2002 (22.422 Fälle). Die Zahl der Anzeigen nach den Verbrechenstatbeständen stieg um acht Prozent auf 2.506; die Zahl der Vergehen sank um 1,8 Prozent auf 19.739. Vier Anzeigen betrafen den unerlaubten Handel mit Vorläuferstoffen. Bei 5.041 Anzeigen waren die Tatverdächtigen Ausländer, das entspricht einem Anstieg um 17,4 Prozent. Im Jahr 2003 wurden in Österreich 926 Kilo Cannabisprodukte sichergestellt, 43 Kilo Heroin, 58 Kilo Kokain und 422.000 Ecstasy-Tabletten. Der Schwarz-

marktwert der im Jahr 2003 aufgegriffenen Suchtmittel betrug 8,2 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung um 22 Prozent gegenüber dem Jahr davor.

Cannabis ist in Österreich bei Jugendlichen die am weitesten verbreitete illegale Droge, gefolgt von „Partydrogen“. Der Indoor-Anbau von Cannabis, hauptsächlich für den Eigenverbrauch, hat sich in Österreich verstärkt, ebenso die Aufzucht psychotroper Pilze. Der organisierte Schmuggel und Handel von illegalen Drogen erfolgt hauptsächlich von ausländischen Gruppierungen. Österreich ist aufgrund seiner geografischen Lage

DROGENSICHERSTELLUNGEN

Sicherstellungsmengen:	2003	2002	Veränderung
Kokain	58,3 kg	36,9kg	+ 58 %
Heroin	42,9 kg	59,5 kg	- 27,9 %
Cannabiskraut	553,2 kg	450,3 kg	+ 22,9 %
LSD-Trips (Stück)	298	851	- 65 %
Ecstasy (Stück)	422.103	383.451	+ 10 %

Transitland für den Transport der Suchtmittel in andere europäische Staaten. Schwarzafrikaner dominieren den Straßenhandel mit Heroin und Kokain in Wien und Graz. Sie handeln in letzter Zeit verstärkt mit Cannabiskraut.

Durch die verstärkten Antiterror-Maßnahmen auf dem Flughafen Wien-Schwechat ist der Drogenschmuggel in Reisegepäckstücken drastisch zurückgegangen. Der Schmuggel im Körper von Fluggästen („Bodypacking“) war davon nicht betroffen; der Schmuggel auf dem Postweg und über Eilfrachtsendungen hat zugenommen.

Die Balkanroute mit ihren verschiedenen Verzweigungen ist nach wie vor der Hauptschmuggelweg für Heroin. Ehemalige Ostblock-Länder werden weiterhin als Depot-Länder benützt. Hier sind nach wie vor albanischstämmige Tätergruppen aktiv, die das Heroin nach Österreich und weiter nach Westeuropa bringen. Kokain aus süd- und mittelamerikanischen Ländern wird vor allem auf dem Luftweg über den Flughafen Schwchat nach Österreich transportiert. Cannabisprodukte gelangen hauptsächlich aus den Niederlanden

nach Österreich. In größeren Mengen importiert wird Cannabis auch aus den Balkanstaaten und der Schweiz.

Ermittlungen gegen Drogenbosse

Amphetamine kommen vorwiegend aus Polen, aber auch aus den Niederlanden; Ecstasy stammt überwiegend aus den Niederlanden. Österreich dient in letzter Zeit auch häufig als Transitland für niederländisches Ecstasy nach Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Die Kriminalisten konzentrieren sich bei der Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität auf Schwerpunktaktionen gegen offene Drogenszenen in den großen Städten sowie auf internationale Zusammenarbeit und aufwändige Strukturermittlungen, bei denen die Fahnder versuchen, an die kriminellen Netzwerke und die Bosse der internationalen Drogenorganisationen heranzukommen. In Österreich ist eine „Meldestelle für Vorläuferstoffe“ eingerichtet worden. Sie dient der Überwachung des Handels mit jenen Substanzen, die zur Herstellung von illegalen Drogen wie Heroin oder Kokain verwendet werden.

.ASYL- UND FREMDENWESEN

Die Zahl der Asylanträge sank im Jahr 2003 um 18 Prozent, gegenüber dem Jahr zuvor.

Im Jahr 2003 wurden 10.219 Asylantragsteller in die Bundesbetreuung aufgenommen. Der Bund trägt die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und für medizinischen Betreuung (inkl. Krankenversicherung). Das Bundesministerium für Inneres verfügt über sechs Betreuungsstellen für Asylwerber mit einer Gesamtkapazität von etwa 2.000 Plätzen, in Traiskirchen, Reichenau, Vorderbrühl, Bad Kreuzen, Thalham und Wien. Asylwerber können auch in Vertragsgasthöfen untergebracht werden.

Der Österreichische Integrationsfonds gewährt finanzielle Hilfe an Asylberechtigte, und non-refoulement Flüchtlinge zur Wohnraumbeschaffung, Wohnungsinstandsetzung, Mietzinsunterstützung, zum Besuch eines Deutschkurses oder einer Kurzausbildung.

Im Jahr 2003 erhielt der Fonds vom Innenministerium (incl. Werkvertrag

KED, ohne Beitragszahlung für Zertifizierung) 1.488.000,-- Euro und vom UNHCR 65.405,55 Euro. Es wurden im Jahr 2003 1.293 Anträge auf Gewährung einer finanziellen Unterstützung gestellt. 1.220 Anträge konnten positiv, 73 Anträge mussten negativ entschieden werden. Insgesamt wurden 1803 Personen unterstützt.

Der Beirat für Asyl- und Migrationsfragen berät den Bundesminister für Inneres in Asyl- oder Migrationsfragen und der Erteilung humanitärer Aufenthaltserlaubnisse. Von den 94 Fällen (170 Personen), die der Beirat im Jahr 2003 bearbeitete, wurde über 48 Fälle (71 Personen) beraten. Der Beirat gab in 40 Fällen eine Empfehlung zur Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis ab. Acht Fälle wurden zur Einholung weiterer Informationen vertagt. In 47 Fällen konnten die aufenthaltsrechtlichen Probleme von der Geschäftsstelle ohne Befassung des Beirats gelöst werden.

ASYLSTATISTIK 2003

Im Jahr 2003 stellten 32.359 Fremde einen Antrag auf Gewährung um Asyl in Österreich. 2002 (39.354). Dies entspricht einem Rückgang um 18 Prozent. Die Asylwerber stammen aus 112 (2002: 99) Ländern. 34.828 Asylverfahren wurden abgeschlossen, in 2.084 Fällen wurde Asyl gewährt.

FREMDENPOLIZEILICHE MASSNAHMEN

2003 haben die Sicherheitsbehörden weniger Zurückschiebungen, Zurückweisungen, Aufenthaltsverbote und weniger Schubhaft verhängt.

Gestiegen sind Abschiebungen und Ausweisungen. Der Anstieg bei Abschiebungen und Ausweisungen ist auf einen effektiveren Vollzug des Fremdengesetzes zurückzuführen.

Zurückweisungen (§ 52 FrG)	22.371	- 4,1 %
Zurückschiebungen (§ 55 FrG)	3.135	- 34,8 %
Ausweisungen (§§ 33 und 34 FrG)	7.534	+ 6,9 %
Aufenthaltsverbote (§ 36 FrG)	15.057	- 9,5 %
Schubhaftverhängungen (§ 61 FrG)	11.149	- 5,4 %
Abschiebungen (§ 56 FrG)	8.073	+ 17,9 %

MIGRATION

Für 2003 sieht die Niederlassungsverordnung folgende Höchstzahlen vor

Burgenland	215
Kärnten	95
Niederösterreich	1465
Oberösterreich	1315
Salzburg	335
Steiermark	775
Tirol	450
Vorarlberg	305
Wien	3115

ASYLANTRÄGE

Die wichtigsten Herkunftsländer

Russische Föderation	6.706
Türkei	2.854
Indien	2.822
Serbien u. Montenegro	2.526
Afghanistan	2.357
Nigeria	1.849
Georgien	1.525
Irak	1.446
Moldau	1.178
Armenien	1.098
Iran	979
Bangladesch	887

.PERSONAL DES BM.I

(Stand 1. Dezember 2003)

BUNDESPOLIZEI

Bei den Bundespolizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen sind 14.042 Frauen und Männer beschäftigt, davon 9.458 im Sicherheitswachdienst, 1.831 im Kriminaldienst und 2.753 in der Sicherheitsverwaltung.

Im unmittelbaren Bereich des Bundesministerium für Inneres sind 2.643 Bedienstete beschäftigt, davon 832 im Exekutivdienst und 1.811 in der Verwaltung.

BUNDESGENDARMERIE

Bei den Landesgendarmeriekommanden sind 13.680 Exekutivbedienstete und 587 Zivilbedienstete beschäftigt.

KONTAKT/INFORMATION:

Bundesministerium für Inneres
A-1014 Wien, Herrengasse 7

Bürgerdienst

Telefon: +43 (0)1-53126-3100 oder 081000-5140 (zum Ortstarif)
infomaster@bmi.gv.at

Zentrale Einlaufstelle

einlaufstelle@bmi.gv.at

Internet: www.bmi.gv.at